

SÜDKURIER

LANDTAGSWAHLEN

Seitenhiebe auf der Zielgeraden



Im Frühjahr wählt Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Das sorgt im Vorfeld für Profilierungsversuche und Konflikte innerhalb der Koalition.

VON MICHAEL SCHWARZ, STUTTGART

In der Landesregierung nehmen die Konflikte zu. Die Wahl im Südwesten im Frühjahr rückt näher – und Grüne und CDU geht es zunehmend darum, sich zu profilieren. Natürlich schauen die Koalitionspartner auf jede Umfrage. Im vergangenen halben Jahr hatten im Südwesten meistens die Grünen die Nase vorn, was in der CDU die Nervosität erhöhte. Dem Landesvater-Nimbus von Grünen-Politiker Winfried Kretschmann konnten die Christdemokraten kaum Kratzer zufügen.

Hinzu kommt, dass das Regieren in Zeiten der Corona-Pandemie unter anderen Vorzeichen stattfindet. Der Umgang mit dem Virus überlagert alle anderen Themen. Die grundlegenden Linien legen die Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Kanzlerin fest, was Kretschmann zwangsläufig zur Profilierung verhilft. Da der überwiegende Teil der Bevölkerung mit dem Corona-Krisen von Bund und Ländern einverstanden ist, geht die Zustimmung im Land vor allem mit Kretschmann nach Hause.

Die CDU und Kretschmanns Herausforderin Susanne Eisenmann suchen derzeit nach Möglichkeiten, ein eigenes Profil zu entwickeln. Da Eisenmann als Kultusministerin für Schulen zuständig ist, hat sie zwar eine hohe öffentliche Präsenz. Allerdings ließen in den vergangenen Monaten Lehrer- und Elternvertreter keine Möglichkeit aus, selbst unausweichliche Probleme in Zeiten einer noch nie dagewesenen Pandemie Eisenmann in die Schuhe zu schieben.

Eisenmann hat zu lange gebraucht, um die Schwachstellen im Kurs Kretschmanns zu entdecken. In den vergangenen Tagen ist ihr dies erstmals gelungen. Kretschmann musste gleich zwei Mal öffentlich zurückrudern. Zum einen konnte er die früher beginnenden Weihnachtsferien – die hatte Kretschmann schon als Tatsache kommuniziert – nicht durchsetzen. Hier stellte

sich Eisenmann geschickt vor die berufstätigen Eltern, die an den zusätzlichen freien Tagen nicht wissen, wohin mit den Kindern. Zum anderen verhinderte Eisenmann die Umsetzung des Bund-Länder-Beschlusses, laut dem in Hotspot-Regionen der Wechselunterricht zwingend ist, was Kretschmann wollte. Beide Male hat Eisenmann instinktiv gehandelt, sich zum richtigen Zeitpunkt von Kretschmann inhaltlich distanziert und ihre Position zur Position der Regierung gemacht. Ob diese stärkere Profilierung ihr auch zu einem höheren Renommee in der Bevölkerung verhelfen wird, ist aber schwer einzuschätzen.

Schließlich befindet sich Eisenmann mit der CDU noch immer in der Regierungskoalition mit Kretschmann und den Grünen. Dies hat zur Folge, dass sie Beschlüsse nach außen hin mittragen muss, denn es wird in der Bevölkerung erfahrungsgemäß nicht honoriert, wenn sich der kleine Koalitionspartner als Stänkerer zu profilieren versucht.

Die Grünen wiederum setzen alles auf die Karte Kretschmann, dessen verbindende Art des Regierens ihnen nach wie vor eine hohe Zustimmung sichert. Daran ändern auch Fehler wie das dilettantische Verhalten der Partei bei der OB-Wahl in Stuttgart nichts. Die Grünen verlassen sich zu sehr auf die hohen Beliebtheitswerte des Ministerpräsidenten. Doch hinter ihm fehlen die prägenden Köpfe. Enge Vertraute Kretschmanns wie Finanzministerin Sitzmann und Umweltminister Untersteller gehen zum Ende der Legislaturperiode – und in der zweiten Reihe gibt es kaum jemanden, der als ministrabel gilt. Geht es um politische herausgehobene Posten, bleiben viele Grünen-Parlamentarier in Land und Bund lieber in der Komfortzone.

Grüne und CDU werden in den verbleibenden Monaten bis zur Landtagswahl vor allem mit der Bewältigung der Pandemie beschäftigt sein. Das hat inhaltlich betrachtet sogar was Verbindendes, weil die Koalition ansonsten ihre Gemeinsamkeiten längst aufgebraucht hat. Oder kennt jemand ein bedeutendes Projekt, für das die grün-schwarze Regierung in den Geschichtsbüchern des Landes stehen wird?

politik@suedkurier.de



Ist Winfried Hermann gescheitert?

Landesverkehrsminister Winfried Hermann steht bei einem E-Lastenrad-Treffen im Ehrenhof im Neuen Schloss. BILD: DPA

BaWü-Check, Teil 2: Der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann kommt mit dem Mobilitätswandel nur langsam voran. Besonders für Ältere ist ein Verzicht aufs Auto undenkbar



VON ULRIKE BÄUERLEIN
ulrike.baeyerlein@suedkurier.de

Winfried Hermann ist an seinen Zielen gescheitert. Zumindest daran gemessen, was sich der Grünen-Politiker 2011 zu Beginn seiner ersten Amtszeit im baden-württembergischen Verkehrsministerium selbst vorgenommen hatte. Dem Magazin „Fairkehr“ des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) verriet Hermann damals im Interview, woran man in fünf Jahren – also 2016 – erkennen solle, dass ein Grüner als Verkehrsminister im Land gewirkt habe: „Baden-Württemberg soll sich einen Namen erworben haben als fußgänger- und fahrradfreundliches Land, der ÖPNV soll kundenfreundlicher werden und in den Köpfen der Menschen im Land soll ein Mobilitätsumdenken eingesetzt haben.“ Das hatte sich der Verkehrspolitik und Bahnexperte damals vorgenommen, als er von der Berliner Bühne der Bundespolitik in die Landespolitik und in Kretschmanns erstes Kabinett wechselte.

Vor allem für die CDU im Autoland wurde Hermann mit seinem erklärten Ziel, das Auto zugunsten anderer Verkehrsmittel zurückdrängen zu wollen, damit sofort zum Feindbild. Verbotshasser, Autohasser, personifizierte Feststellbremse, grüner Ideologe – kein anderer grüner Minister wurde derart offensiv angefeindet wie der Mann mit dem Brillen im Ohr. Im Wahlkampf 2015 und 2016 gab es keine Veranstaltung des damaligen CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf, in dem er nicht den grünen Teufel Winfried Hermann an die Wand malte, der den Baden-Württembergern an ihr Heilig's Blechle gehe, in ein Volk von Fußgängern, Bahn- und Radfahrern verwandeln und sie mit Schleifahrt auf den Autobahnen strafen wolle. Inzwischen sitzen Wolf und Hermann friedlich gemeinsam auf der Regierungsbank und sind per Du.

Es zeigt sich: Auch nach zehn Jahren Winfried Hermann im Verkehrsministerium ist das Auto immer noch den

meisten Bürgern unverzichtbar, steckt die Verkehrswende in den Kinderschuhen, lässt das Tempolimit auf den Autobahnen auf sich warten, sind die Verkehrsemissionen viel zu hoch, die Zahl der zugelassenen Elektrofahrzeuge gering und stehen die Autos mehr als je zuvor im Stau. Trotz der großen Anstrengungen der grün geführten Landesregierung und der Kommunen, die Verkehrswende und eine neue Mobilität in Gang zu bringen, ist für die überwiegende Mehrheit der Menschen im Südwesten Verkehr vor allem immer noch individueller Autoverkehr. In den ländlichen Regionen weit mehr als in den urbanen Zentren. Gleichzeitig gestaltet sich der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Kapazitäten schwieriger, vor allem im ländlichen Raum fehlen alternative Mobilitätsangebote zum eigenen Auto. Die Menschen sollen das Auto stehen lassen und umsteigen – aber da ist vielerorts nichts zum Umsteigen.

Knapp jeder Dritte stellt der Verkehrspolitik der grün-schwarzen Landesregierung dennoch ein gutes Zeugnis aus, 39 Prozent der Bürger bewerten sie kritisch – aber ein Drittel weiß zu wenig darüber, um sich ein Urteil zu bilden. Dieses Bild zeigt der zweite Teil des BaWü-Checks der baden-württembergischen Tageszeitungen, bei dem das Institut für Demoskopie Allensbach diesmal die Bürger zur Verkehrspolitik des Landes, zum Zustand der Verkehrsinfrastruktur und zu den aus ihrer Sicht größten verkehrspolitischen Herausforderungen befragte. Wenn knapp zwei Drittel der Bürger (64 Prozent) der Auffassung sind, dass in den letzten Jahren zu wenig in Verkehrsinfrastruktur investiert wurde, meinen sie damit vor allem den Bau und Erhalt von Straßen und Brücken – und nicht Radwege und Schiene. Mehr Radwege oder Carsharingangebote stehen auf der Wunschliste dagegen weit unten.

Die Wahrnehmung, dass das Land zu wenig Geld in die Infrastruktur steckt, hat sich in Hermanns Amtszeit als Verkehrsminister sogar deutlich verstärkt. 2015 hielt in einer Landesstudie des Allensbacher Instituts noch jeder Fünfte die Investitionen des Landes für ausreichend, beim BaWü-Check des Jahres 2020 sind es nur noch neun Prozent der Bürger. Es ist ein zweifelhaftes Kompliment für Winfried Hermann, dass viele Bürger die Schuld daran nicht bei ihm sehen – denn mehr als einem Viertel der Baden-Württemberger (26 Prozent) ist der grüne Verkehrsminister völlig unbekannt. Und über ein Drittel der Bürger (36 Prozent) weiß so wenig über seine Arbeit, dass sie sich kein Urteil zutrauen.

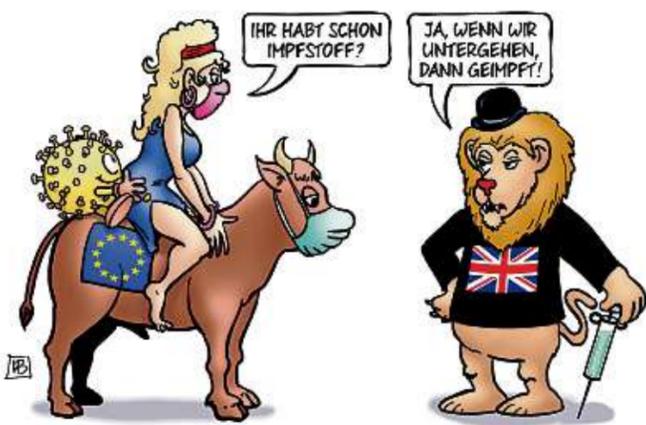
Matthias Lieb, Landesvorsitzender des VCD, begleitet Hermanns Wirken schon einige Jahre. Soll er den Minister bewerten, fällt das Urteil insgesamt doch positiv aus. „Es ist schon deutlich erkennbar, dass es in der Verkehrspolitik ein Umdenken gegeben hat, es wurden die richtigen Themen gesetzt“, sagt Lieb und nennt als jüngstes Beispiel die von Hermann gerade vorgestellten Pläne zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, von denen sich Lieb speziell im ländlichen Raum viel erhofft. „Aber manche Maßnahmen dauern sehr lange, bis sie umgesetzt werden und wahrgenommen werden können. Und in der Verkehrspolitik muss man sehr dicke Bretter bohren.“

Aber die Klimaschutzbewegung und das wachsende Bewusstsein in der Bevölkerung, welche Verantwortung jeder Einzelne auch mit seinem Mobilitätsverhalten für den Klimawandel trägt, könnte Hermann beim Bohren dieser dicken Bretter helfen. Denn während vor allem bei der älteren Generation Mobilität mit dem Auto verbunden ist, zeigt der BaWü-Check, dass bei den nachwachsenden Generationen bereits ein Umdenken eingesetzt hat. Sie reden nicht nur vom Klimaschutz, sondern sind auch bereit, sich entsprechend zu verhalten. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel doppelt so wichtig wie der Ausbau von Straßen und die Bereitschaft, auf Elektroautos umzusteigen, deutlich höher. Und mittlerweile gibt es nun auch eine relative Mehrheit in der Bevölkerung für ein Tempolimit – das Bewusstsein dafür ist gewachsen, dass ein Tempolimit auf den Autobahnen neben deutlich weniger Emissionen auch mehr Sicherheit mit sich bringt. Das war eines der Ziele, für das sich Winfried Hermann seit zehn Jahren im Land verkämpft hat. „Politik beginnt im Kopf. Menschen können umdenken, ihr Verhalten ändern. Ich will gerne meinen Beitrag in der Geschichte sehen, dass die Menschen in Baden-Württemberg während meiner Amtszeit in der Mobilität umgedacht haben“, hatte Hermann 2011 gesagt. Erste Anzeichen dafür sind zumindest da. Und Hermanns Amtszeit könnte ja auch noch in die Verlängerung gehen. Bei der Landtagswahl 2021 tritt der 68-Jährige noch einmal an.

Das lesen Sie zusätzlich online



Wie gut funktioniert das Bildungswesen im Land? Alle Folgen des BaWü-Checks: www.sk.de/check



Die Briten gehen voran... HARM BENGEN/TOONPOOL

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015
European Newspaper Award 2011-2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020

Chefredakteur: Stefan Lutz (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)
Leitender Redakteur: Dieter Löffler **Politik und Hintergrund:** Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger; **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Dirk Salzmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH, Konstanz
Geschäftsführer: Michel Bieler-Loop, Peter Selzer
Anzeigen: Michael Schmierer **Vertrieb:** Sabine Schilling **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000
Internet: <https://www.suedkurier.de>
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail-Adressen:
redaktion@suedkurier.de
leserbriefe@suedkurier.de
service@suedkurier.de
anzeigen@suedkurier.de

kleinanzeigen@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00
BIC COBADEFFXXX
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 88 vom 01. 01. 2020 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



Ambivalentes Urteil über die Verkehrspolitik des Landes

Frage: „Wie bewerten Sie die Verkehrspolitik der grün-schwarzen Landesregierung?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Kein eindeutiges Meinungsbild über Verkehrsminister Hermann

Frage: „Haben Sie vom Verkehrsminister Winfried Hermann alles in allem eine gute Meinung, oder keine gute Meinung?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6161/II
GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK